

Ex und hopp — und doch nicht weg

Beim Thema Müll ist das Sprichwort - aus den Augen, aus dem Sinn - besonders beliebt. Leider nützt es auch hier wenig. Das in der Mülltonne gesammelte, stinkende Gut wächst sich zu einem ausgemachten Problem aus. Bisher war es ja noch recht einfach, die unangenehme Fracht in die DDR zu gondeln. Nun können sich die DDR-Bürger wehren - glücklicherweise!

Weniger glücklich sind die politischen Entscheidungsträger, denn die Müllberge werden nicht kleiner, sondern größer. Wo 1950 noch ca. 300 kg Müll/pro Einwohner und Jahr anfielen, sind es 1990 bereits 2000 kg! Wohin mit dieser gigantischen, zudem auch noch giftigen Fracht? Weder Müllverbrennung noch Pyrolyse können uns aus der Misere helfen, denn der Energieeinsatz und die Umweltbelastung dieser Verfahren sind enorm und lange unterschätzt worden.

Es bleibt also langfristig nur, alles daran zu setzen, weniger Müll zu produzieren, den dann

noch vorhandenen Müll so weit wie möglich wieder zu verwerten und den Rest zu deponieren. Ersteres ist einmal durch ein "Verpackungsbewußtes" Verbraucherverhalten zu erreichen, d.h. Waren mit möglichst wenig oder keiner Verpackung kaufen oder die Verpackung im Laden lassen. Zum anderen muß aber über den gesetzgeberischen Weg Abhilfe geschaffen werden. Es muß schleunigst die von der SPD seit vielen Jahren geforderte Verpackungssteuer durchgesetzt werden.

Damit könnte man schnell die Müllberge reduzieren, weil Verpackungen 50% des Gesamtvolumens bzw. 30% des Gewichtes des anfallenden Hausmülls ausmacht. Aus rätselhaften Gründen setzt Bundesumweltminister Töpfer, statt seines Amtes zu walten, auf freiwillige Einschränkungen der Industrie. Vielleicht muß der Müllberg erst bis zu Herrn Töpfer wachsen bis er sich zum Handeln entschließt.

Mit dem Ende der Mülltransporte nach Schönberg (was ohnehin allerhöchste Zeit



ULRIKE MEHL
Bundestagskandidatin
der SPD für den Wahlkreis
Rendsburg—Eckernförde

war), werden auch die Schleswig-Holsteiner sehr bald zu spüren bekommen, daß "aus den Augen", noch lange nicht "aus dem Sinn" bedeutet. Dieser Herausforderung werden wir uns aber stellen.

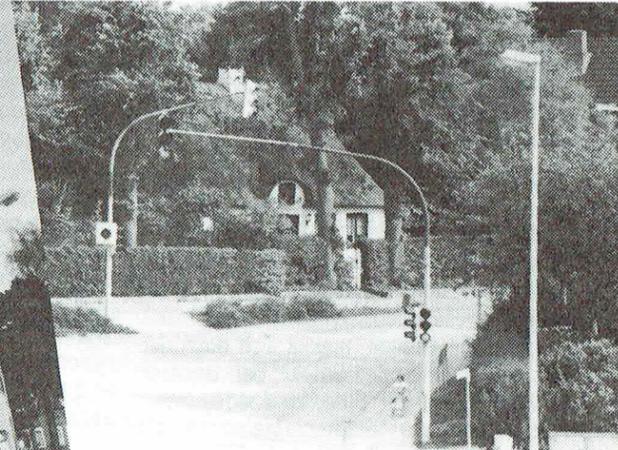
*Impressum: Kontakte
Sozialdemokratische Bürgerzeitung
für Kronshagen
Herausgeber: SPD Kronshagen
V.i.S.d.P.: Cord P. Lubinski
Elsa-Brandström-Str. 12, T. 54 27 58
Anzeigen: B. Adler-Schmidt,
T. 52 15 16
Druck: MartinDruck, Kiel*

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

17. Jahrgang

Februar 1990



*Schöne
alte
Häuser
in
Kronshagen*



water

DAS WEINHAUS AM STADTRAND

Eckernförder Straße 360 - 2300 Kiel 1 - Telefon 0431 / 31 30 11 - 2



Wir haben in unserem großen Weinlager umgesehen und Erzeugerabfüllungen — von feingliedrig, leicht und rassig bis kräftig, voll mit zarter Fruchtsäure aus dem Rheingau, vom Mittelrhein, Lagen von Mosel — Saar — Ruver sowie Franken ausgesucht.

35 Weine, die Sie bei uns - fachlich beraten, verkosten können, im Augenblick besonders günstig!

Sie wissen doch: Qualität kann man schmecken!



Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

Kommunalpolitiker werden zur Zeit in der Regel weniger beachtet. Beherrscht die öffentliche Meinung doch nur ein Thema: Die Entwicklung in der DDR. Die Deutschlandpolitik überstrahlt alles.

"Städtepartnerschaft"

Obwohl, Ausfluß der neuen politischen Realitäten, auch Kronshagen sich ein klein wenig an diesem deutsch / deutschem Prozeß zu beteiligen beginnt, meldet sich doch der Rat der Gemeinde Satow bei unserer Verwaltung mit der Bitte, in Überlegungen einzutreten, eine "Städtepartnerschaft" zu begründen. In dem Schreiben des Rates der Stadt wurde dabei Bezug genommen auf einen Besuch der SPD-Fraktion der Gemeindevertretung Kronshagen in Satow. Die Gemeinde Satow liegt im Kreis Bad Doberan. Mit diesem Kreis möchte auch der Kreis Rendsburg-Eckernförde in partnerschaftliche Verbindung treten. Die Gremien der Gemeinde sind sich darin einig, daß nach den Wahlen vom 6. Mai in der DDR, Verbindung aufgenommen wird.

"Kommunales Kindergeld"

Kommen wir zum kommunalpolitischen Alltag. Die Verwaltung hat für das in der letzten Gemeindevertreterversammlung beschlossene kommunale Kindergeld, unter dem Namen "Kronshagener Familienhilfe" eine Satzung zur Beschlußfassung vorgelegt. Ein Vorgang, der eigentlich keiner Kommentierung mehr bedürfte, da es sich um ein normales Verfahren handelt. In diesem Falle ist es jedoch anders: Der Vorlage ist nicht zu entnehmen, daß die Verwaltung bei näherer Beschäftigung mit dem Sachverhalt herausgefunden hat, daß der begünstigte Personenkreis auch den Kreis der Sozialhilfeberechtigten umfaßt. Wie steht es da mit der Anrechenbarkeit der freiwilligen Leistung der Gemeinde auf die Leistungen der Sozialhilfe? Wird etwa bei der Gewährung des "kommunalen Kindergeldes" die Sozialhilfe um den gewährten Betrag gekürzt? Wird durch diese Rechtssituation den wirklich Bedürftigen Eltern eine Zuwendung verwehrt bleiben? Aber dies ist nicht die einzige Position einer schlampigen Verwaltungs-

vorlage. Es sind noch mehr Ungereimtheiten enthalten, die von der SPD in den Beratungen zur Sprache gebracht werden. Der Bürgermeister wird dann den von ihm initiierten Antrag wohl oder übel - zumindest was die Satzung betrifft - noch einmal überarbeiten müssen. Besser wird sein Produkt dadurch sicherlich nicht werden. So geht es mit aus der Hüfte geschossenen Anträgen.

Baumaßnahmen: Bauhof contra Wohnungsbau

Das Projekt Bauhof / Feuerwehrgerätehaus wird mit einer selten gekannten Eile vorangetrieben. Es scheint so, als ob man befürchtete, daß nach der Kommunalwahl eine andere Mehrheit zu besseren Überlegungen hinsichtlich der Verwendung von Steuergeldern kommen könnte. So ganz aus den Fingern gesogen ist diese Vermutung sicherlich nicht. Denn nach den jetzt vorliegenden überschlägigen Berechnungen wird mit einer Bausumme von mehr als 9 Millionen (ohne Grundstückskosten) zu rechnen sein. Dabei sind allein für den üppig ausgestatteten Bauhof (einschließlich drei Wohnungen für Bedienstete) mindestens 4,8 Millionen vorgesehen. Den Gemeindevertretern wird dabei von der Verwaltung eröffnet, daß es nach einem Beschluß in der Gemeindevertretung Mitte Februar noch möglich ist, diese Summe im Jahre 1990 zu verbauen. Deshalb müßten schon jetzt alle Mittel bereitgestellt werden. Würde man sich doch mit gleichem Eifer auch der beschlossenen Maßnahme sozialer Wohnungsbau widmen. Hier wird jedoch darauf hingewiesen, daß man gründlich planen könne, wenn man die Vorhaben erst 1991 bewilligt bekäme. Die Zahl der Übersiedler wächst. Sie drücken zusätzlich zu dem Bedarf für die hier schon ansässigen Bürger auf den Wohnungsmarkt. Aber die CDU bleibt bei ihrem Prioritätenkatalog. Er lautet weiterhin: Statt Wohnungen für Menschen - Unterstände für Maschinen und Garagen für Feuerwehrautos.

Aber noch einmal zurück zum Wohnungsbau. Im Rahmen des Landeswohnungsbauprogrammes 1990 bis 1993 hat die Landesregierung weitere Mittel bereitgestellt. Es ist an der Zeit, daß Gemeinden wie Kronshagen mit einer guten Finanzausstattung in attraktiver Lage sich der sozialen Verantwortung stellen und für Mietwohnungen über das bisher Beschlossene hinaus sorgen. Die Bürger erwarten, daß Prioritäten bei der Mittelverwendung gesetzt werden. In dieser Zeit ist die erste Priorität die Schaffung von Mietwohnraum im sozialen Wohnungsbau. Das gilt ganz besonders für Kronshagen. Noch einmal: Schon in der Vergangenheit konnte die Gemeinde den Kindern der ansässigen Bürger keine Wohnungen zur Verfügung stellen, wenn sie eine eigene Familie gründeten. Sie wurden auf den Wohnungsmarkt in Kiel verwiesen. Für mich persönlich wird es unter dem Eindruck der großen Wohnungsnot, keine Zustimmung zum Bau des Bauhofes und des Feuerwehrgerätehauses geben können, wenn nicht zugleich - wie von der SPD in den Haushaltsberatungen gefordert - erhebliche zusätzliche Mittel in den Wohnungsbau fließen. Zugleich ist die Verwaltung aufgefordert, mit dem gleichen Elan, mit dem sie den Bau des Bauhofes vorantreibt, auch den beschlossenen Mietwohnungsbau am Wildrosenweg voranzutreiben.

Es ist bedauerlich, daß in Zeiten, in denen gerade die soziale Verantwortung über alle Parteigrenzen hinweg gefordert ist, die regierende Mehrheit nach zu langer "Regierungszeit" in Kronshagen die wirklichen Bedürfnisse der Bürger nicht mehr erkennt. Es ist Zeit, für Veränderungen zu sorgen. Sie haben dazu die Gelegenheit bei der Kommunalwahl. Wählen Sie sich eine andere Mehrheit. Eine SPD-Mehrheit wird den schwarzen Filz bekämpfen und eine Politik für alle Kronshagener Bürger gestalten.

Ihr
Cord P. Lubinski

Das meint Ihre Abgeordnete

Fast war es ein Gefühl, als sei ein neues Jahrhundert angebrochen - so sehr sind die Empfindungen beim Beginn des neuen Jahrzehnts bestimmt von den gewaltigen Umwälzungen der letzten Wochen und Monate. Unser aller Hoffnung richtet sich auf die Chance für Demokratie und Frieden in ganz Europa, auf die Chance für eine neue Einheit der beiden deutschen Staaten.

Nicht Selbstgefälligkeit und nationalistische Töne, sondern praktische Hilfen und phantasievolle Lösungen sind jetzt gefragt. Und dazu können auf allen politischen Ebenen Beiträge geleistet werden. Die Verbände, Vereine und Parteien in den Gemeinden sind gefordert, ihre Hände auszustrecken, bestehende Kontakte zu vertiefen, neue zu knüpfen, Wissen übereinander zu vermitteln, praktische Hilfe zu leisten. Die demokratische Bewegung in der DDR braucht sicher keinen

CDU-Schulpolitik 1516 kw-Vermerke

Auszug aus der Rede von
Finanzministerin Heidi Simonis, SPD

Die alte Landesregierung hat von 1984 an bis zum Jahre 1989 1.168 Planstellen in den Schulen eingespart. Sie hat darüber hinaus festgelegt, daß bis zum Jahr 1993 noch 348 weitere Stellen in den Gymnasien, Sonderschulen, Realschulen, berufsbildenden Schulen, Grund- und Hauptschulen eingespart werden sollen. Zuletzt sind Anfang 1988 51 kw-Vermerke (künftig wegfallend) ausgebracht worden. Insgesamt haben wir 1.219 noch zu vollziehende kw-Vermerke übernommen und geerbt. Nun gibt es ja für kw-Vermerke durchaus die Begründung, daß man sagt, die Schülerzahlen nehmen ab, und deswegen müssen wir weniger Lehrer haben. Dann darf sich die CDU aber jetzt nicht hinstellen und sagen: Unsere Schul- und Bildungspolitik war gut; denn sie lassen außer acht, daß die kw-Vermerke falsch waren. Die SPD hat keinen einzigen kw-Vermerk in der Bildungs- und Schulpolitik angebracht. Nein, wir haben sogar noch mehr Stellen ausgebracht, und zwar insgesamt 225. Ich denke, der Herr Bendixen muß sehr vorsichtig sein, wenn er die kw-Vermerke jetzt streichen und gar noch 100 neue Lehrer einstellen will. Seit 1984 war die hervorragende Planung des ehemaligen Kultusministers, daß er bis zum Jahre 1993 auf 1.516 Lehrer und sogar noch mehr verzichten kann. Ich finde es nicht ganz sauber, wenn man dann einer neuen Bildungsministerin aberlangt, daß sie in anderthalb Jahren das in Ordnung bringt, was man selbst glaubt, in zehn Jahren in den Dutt setzen zu können. Das sind Punkte, die ich nicht akzeptieren kann, und das hat Frau Rühmkorf auch nicht verdient.

Nachhilfeunterricht durch uns, aber Unterstützung gegen die Alltagsmacht der SED. Dazu können wir alle beitragen.

Das Land Schleswig-Holstein wird seine besondere Verantwortung durch finanzielle und organisatorische Hilfen wahrnehmen: Vor allem im wirtschaftlichen Bereich Kontakte fördern und bei aller Finanzknappheit auch Geld für Projekte in der DDR bereitstellen, wirtschaftliches und demokratisches know-how vermitteln.

Ich meine, daß nur eine rasche und wirksame wirtschaftliche Hilfe den Menschen in der DDR die Zuversicht geben kann, die sie zum Bleiben bewegt, ihnen die Kraft gibt, dort neu anzufangen. Wir müssen verhindern, daß die Sozialsysteme und der Arbeits- und Wohnungsmarkt in beiden Ländern weiter beeinträchtigt werden. Freiheit und Demokratie zu unterstützen und zu stärken - das ist aber nur in dem Maße glaubwürdig, wie wir unser eigenes demokratisches Zusammenleben sorgsam hüten und weiterentwickeln. Die neue Gemeindeordnung, die neue Landesverfassung, die in diesem Jahr verabschiedet werden soll, soll diesem Anspruch

Rechnung tragen. Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen durch Bürgerbegehren und Bürgerfragestunden zu allen Themen in der Gemeinde, nach dem Willen der SPD auch Volksentscheide auf Landesebene.

Politikverdrossenheit ist auch dadurch entstanden, daß zu vieles hinter verschlossenen Türen entschieden wird. Mehr Öffentlichkeit, mehr Mitwirkungsrechte können dem entgegenwirken und unsere Demokratie weiterentwickeln. Auf viele Zukunftsfragen haben wir noch keine fertigen Antworten - wer anderes behauptet, ist unglaubwürdig. Dies gilt für globale Probleme wie Klimaveränderung und den Hunger in der Welt, aber auch für die deutsche Frage. Die großen Probleme erfordern aber immer auch Handeln und Entscheiden im Kleinen, in der Gemeinde und im persönlichen Umfeld.

Ich wünsche mir für das vor uns liegende Jahr, daß viele Menschen von den Angeboten der Demokratie Gebrauch machen, sich einmischen, mitreden und handeln.

Ute Erdsiek-Rave

Parkett- und Dielenböden
Teppichböden
PVC-Beläge



Löhnerer

Bodenideen aus Holz

Alte Weide 15a - 2300 Kiel 1 - Telefon 0431 / 1 20 40



LANGNAU
FLIESENVERLEGUNG

Kopperpähler Allee 70
2300 Kronshagen
☎ 04 31/54 86 60

**Ausführung sämtlicher
Fliesenarbeiten**

Kunststein, Naturstein

Säurefeste Beläge

Handel und Verlegung

0431/54008-0
Gutenbergstr. 80-86, 2300 Kiel

Ihr Partner für Auto und Umwelt

- NEU: Golf und Jetta jetzt mit Diesel-Katalysator
- Alle Audi-Benziner jetzt serienmäßig mit geregeltem Katalysator.
- Katalysator-Nachrüstaktion für Ihren Gebrauchtwagen (fragen Sie unsere Kundendienstberater nach Kosten und Steuerersparnis).
- Die exklusive Willer-Broschüre „Auto und Umwelt“, auch im Umweltladen der Stadt Kiel erhältlich.



Auto und Umwelt
Ein Ratgeber für Auto und Umwelt



Willer... unverwechselbar!

Liebe
Janne
Trüde,



anderen, denen von der SPD eine Chance gibt, zu zeigen, daß sie besser sind. Das liegt wohl daran, daß so nette Leute wie die Frau Gravert, der Herr Mosberg und der Herr Dr. Sahlender nicht mehr bei denen mitmachen wollen oder sollen. Da fragt man sich hier natürlich, warum nicht. Dafür sind da jetzt so ein paar junge Leute bei der CDU im Rennen, die niemand kennt. Jetzt nicht. Und ich fürchte, nach der Wahl auch nicht. Na, wenigstens wird der nette Herr Wilhelms mit denen nicht soviel Ärger haben. Die machen bestimmt immer, was der Bürgermeister er will. Das ist doch auch gut so.

Vielleicht kommt die Nervosität auch daher, daß die Älteren in der CDU ziemlich sauer sind über den Herrn Wilhelms. Zum Teil sind sie nicht einmal gefragt worden, ob sie wieder antreten wollen. Kein Wunder, daß sie sogar in der Öffentlichkeit Leuten von der SPD zu Gegenkandidaten von der CDU gratulieren, weil sie doch so schwach sind. Komische Geschichten, die einem so erzählt werden. Und gemein, daß selbst alte CDU-Wähler zur Arbeit der Fraktion ihrer Partei sagen, daß die auch von Max Schautzer im Fernsehen gezeigt werden könnte: Pleiten, Pech und Pannen.

Da ist bestimmt viel Neid im Spiel. So neidisch wie auch andere CDU-Gemeinden auf Kronshagen gucken, weil hier doch nun ein zusätzliches Familiengeld eingeführt wird. Das hat die CDU im Bund zwar nicht geschafft, obwohl die da doch dafür zuständig ist, aber nun hat die hier im Lande die Parole

Na gut, so beim Nachlesen, den Namen Wilhelms hätten sie gut erwähnen können. So gelassen ist er komischerweise gar nicht. Man erzählt sich sogar, daß er ziemlich viel Angst davor hat, daß Kronshagen auch mal den

vorgegeben, das überall zu machen. Nur, die wenigsten Gemeinden können das, weil sie kein Geld haben. So finden die meisten die Wahlkampfdiege gar nicht mehr so toll und sagen, daß Kronshagen bei ihnen zu Hause die Preise verdirbt. Die Sozis haben natürlich auch schon daran herumgenörgelt. Dabei geht es doch vielleicht nur um ein Dutzend Familien. So teuer ist das doch gar nicht. Die CDU soll jetzt schon wieder den Schwanz einziehen und hinter den Kulissen erzählen, daß die Idee vielleicht nicht so besonders war. Die Sozis sagen nämlich: Familienfreundlichkeit zeigt sich nicht an so einer Maßnahme, sondern durch mehr Kindergarten- und Hortplätze, flexiblere Zeiten bei der Betreuung und so.

Aber ich werde dem Herrn Wilhelms noch einen Tip geben. Einfach das gleiche sagen wie die SPD. - Haben die doch sonst auch schon gemacht bei guten Ideen der Sozis. Zuerst ablehnen, dann kurz darauf als eigenen Gedanken ausgeben, hat der Herr Meyer von der CDU vor kurzem sogar in der Gemeindevertretung zugegeben, daß das ist, solange man nur die Mehrheit hat. Aber wenn das nun anders wird nach dem 25. März. Wer denkt dann für die CDU?

Herzliche Grüße

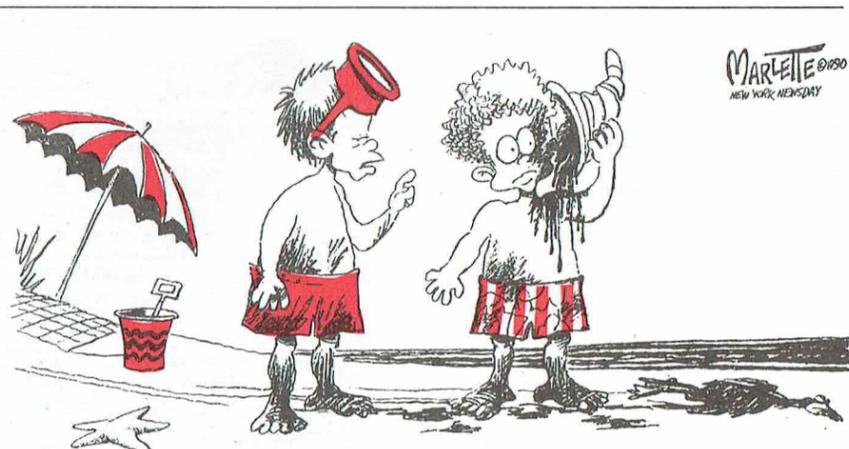
*Von Deiner
Nichte Biene*

selbstverständlich. Die Kronshagener sollten aber genügend Selbstvertrauen besitzen, um ihre ureigensten Angelegenheiten künftig stärker selbst in die Hand zu nehmen.



Verschandelung des Friedhofparks mit Parkplätzen. Daß die in Kronshagen mit absoluter Mehrheit recht selbstherrlich regierende CDU Information und Einmischung des Bürgers nicht so gern sieht, ist ja

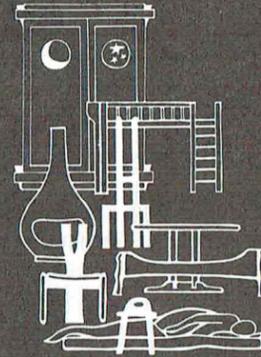
Auf einer Informationsveranstaltung zum Thema "Bürgerbeteiligung in Kronshagen" sprachen sich der Referent Holger Astrup, MdL, und die anwesenden Bürger dagegen aus. Die SPD-Kronshagen will die künftigen Möglichkeiten des neuen kommunalen Verfassungsrecht voll ausschöpfen, so daß die Kronshagener am 25. März ihre Stimme zwar der SPD geben können, diese aber damit nicht für die nächsten 4 Jahre abgegeben haben. Ganz im Gegenteil, sie erhalten mit dem Bürgerentscheid, der Einberufung von Wohnerversammlungen und dem Petitionsrecht Möglichkeiten, ihren Anliegen in der Gemeindevertretung Gehör zu verschaffen. Eine Partei, die mit dem Versprechen "Mit den Menschen, die hier leben" gemeinsam Politik zu machen, in den Wahlkampf geht, begrüßt selbstverständlich eine größere Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen, die die Kronshagener direkt angehen; sei es bei der Schaffung von neuen Supermärkten in Wohngebieten, sei es bei der Auflösung von zig Kleingärten oder bei der



„Wenn du genau hinhörst, kannst du die Entschuldigung von Exxon hören!“

(Bulls)

Für ein gesundes Wohnen und Schlafen



- Vollholzmöbel
- Vollholzbetten
- Naturmatratzen
- Bettdecken
- Kissen
- Öle und Wachse

Wohnen
mit
Holz

Holtener Str. 252
23 Kiel, Tel. 35 50 6

Mo 15-18 Uhr, Di-Fr 10-13 u. 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr

Gemeinsamkeiten

Es gibt ein Gremium in der Gemeindevertretung, das seine Beschlüsse fast immer einstimmig faßt. Es sind die Mitglieder im Ausschuß für Umwelt und Landschaftspflege. Von der SPD-Fraktion gefordert, wurde dieser Ausschuß in dieser Legislaturperiode durch die Gemeindevertretung im Juni 1986 gebildet. Die SPD-Fraktion wollte dieses für unsere Zukunft so wichtige Thema nicht von anderen Ausschüssen so nebenbei mitbehandelt wissen.

Jahre hat es z.B. gedauert, bis der Entwurf eines Landschaftsplanes, immer wieder von SPD-Gemeindevertretern angemahnt, der Vertretung vorgelegt wurde. Es mag für den ausgeschiedenen SPD-Gemeindevertreter Dieter Reyher eine späte Genugtuung sein, daß in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung eine "Gemeinde-Umwelterhebung" beschlossen wurde. Darunter versteht man eine Bestandaufnahme z.B. aller Knicks, Gewässer und Bäume, um sie später festzuschreiben und damit zu sichern.

Dies kann nur ein Schritt sein, der aber ohne die Mithilfe aller Bürgerinnen und Bürger nicht zum Ziel führt. Zur Schonung und Rettung von Natur und Umwelt ist gemeinsames, entschlossenes Handeln erforderlich.

Dieser Gedanke hat das engagierte bürgerliche Mitglied im Umwelt-Ausschuß, Frau Adler-Schmidt (SPD) bewogen, folgenden Antrag zu stellen:

Statt des bisher üblichen Vorgartenwettbewerbes schlägt sie vor, Preise für einen ökologisch gestalteten Garten/Vorgarten zu vergeben. Heimische Pflanzen und Gehölze, eine sinnvolle Abfallverwertung (Komposthaufen), Nisthilfen für Tiere, keine Verwendung von chemischen Mitteln und eine möglichst geringe Versiegelung der Grundstücksböden (Wege, Garagenzu-

fahrten) sollen nach ihrer Meinung die Bewertungskriterien sein.

Vielleicht gibt es wieder einen einstimmigen Beschluß.

Im Herbst vergangenen Jahres übrigens berichteten die "Kieler Nachrichten" über eine Baumpflanzaktion in der Claus-Sinjen-Straße. Ein Foto zeigt zwei Ausschußmitglieder der CDU-Fraktion bei tätiger Mithilfe. Vielleicht werden bei einer nächsten Pflanzaktion auch die SPD-Mitglieder durch die Verwaltung informiert. Dann könnte das, was in nicht-öffentlicher Ausschußsitzung gemeinsam beschlossen wurde, auch in der Öffentlichkeit als gemeinsames Handeln sichtbar werden.

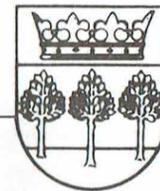
Theodor Sakmirda

HONDA



Der neue Honda Civic ist da.
US-KAT
Sicherheit und Qualität
Zuverlässig und dynamisch.
Sie wissen doch - mit allen Extras.
Finanzierung und Leasing.
Sofort lieferbar.

JAPAN MOTOR KIEL
ECKERNFÖRDER STR. 334 0431-541051



Restaurant
im
Bürgerhaus

Öffnungszeiten: täglich ab 11.30 - 24.00 Uhr - Samstag ab 17.00 - 24.00 Uhr - Warme Küche bis 23.30 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

A. Sempert - J. Hansen

Kopperpähler Allee/Ecke Eichkoppelweg - 2300 Kronshagen - Telefon (0431) 580052



Im Kreis für eine Sozialpolitik mit Augenmaß

Gefahr eines möglichen Mißbrauchs dieser Hilfe und bejahen die Notwendigkeit einer sachgerechten Antragsprüfung; ein ausgeklügeltes Abschreckungssystem mit Hilfe eines komplizierten, umfangreichen und zeitraubenden Entscheidungsverfahrens zum Nachteil tatsächlich bedürftiger Mitbürger lehnen wir ab!

Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß der Kreis Rendsburg-Eckernförde auch seinem Auftrag zur Einrichtung von Familienberatungsstellen flächendeckend nachkommt. Wir wollen aber noch mehr Eltern als bisher für die ehrenamtliche Mitarbeit gewinnen, die Einrichtung familienähnlicher Wohngemeinschaften für Jugendliche fördern und eine Schuldnerberatungsstelle einrichten.

Unverständlich ist uns auch, wie die von der CDU propagierte "Kronshagener Familienhilfe" - die man treffender wohl "Gebärprämie" hätte nennen sollen - in Höhe von insgesamt immerhin DM 4.000 - dazu beitragen kann (falls sie es überhaupt soll), die durch den Wandel der Struktur unserer Gesellschaft in der Arbeitswelt und zu Hause neu entstandenen und entstehenden Problemen zu lösen. Diese "einmalige Initiative der CDU" greift (natürlich) nur zugunsten jener Familien, die ein dem altkonservativen Wunschdenken genehmes Verhalten an den Tag legen und der Formel **Kinder-Schule / Papa-Arbeit / Mama-Haushalt** entsprechen können. Logischerweise finden sich ähnliche "einmalige Initiativen" zu Hort- und Kindergartenplätzen oder Schularbeitshilfen nicht in der Union. Wie lange noch darf es dieser Partei erlaubt

sein, zugunsten einer allein aus ideologischen Motiven heraufgeputzten Minderheit, deren Einverständnis man "streng demokratisch" unterstellen zu dürfen glaubte, die Existenz und die gerechtfertigten Ansprüche einer bedeutenden Anzahl alleinerziehender Mütter und Väter als auch die Bedürfnisse derjenigen Familien, in denen beide Elternteile vollberufstätig sind, zu leugnen und zu ignorieren?

Die Gemeindevertretung und der Kreistag haben, auch wenn die CDU- (noch)-Mehrheitsfraktion dies nicht gerne hören, keinen Erziehungsauftrag. Gemeinde und Kreis haben nach Maßgabe unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung dem Bürger nicht die Art und Weise seiner Lebensführung vorzuschreiben, sondern sind aufgerufen, zur Lösung kommunaler Angelegenheiten und Probleme tätig zu werden. Ein entsprechendes Tätigwerden scheidet in der Gemeinde Kronshagen und im Kreis Rendsburg/Eckernförde jedoch nicht selten daran, daß diesbezügliche Vorschläge der SPD an den Betonmehrheiten scheitern, weil sie nicht in deren ideologisches Bild passen, wenngleich ihre Umsetzung dringend erforderlich wäre.

Die SPD will es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, Beruf und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. Daher unterstützen wir Tageseinrichtungen für Kinder wie Krippen, Kindergärten und Horte und setzen uns für eine intensive Mitarbeit und Mitbestimmung der Eltern ein.

Thomas Engel
Kreistagskandidat der SPD

Liebe Kronshagenerinnen, liebe Kronshagener, soziale Sicherheit im umfassenden Sinne eines geborgenen Vertrauens in die Kraft einer gerechten Gesellschaft kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Entstehung von Mißständen und sozialer Not rechtzeitig verhindert und offene Solidarität mit den sozial Benachteiligten, Behinderten und Hilfsbedürftigen geübt wird. Grundlegend ist dabei die **Sicherung des Anspruchs auf Sozialhilfe**. Wir Sozialdemokraten erkennen die

Parkplätze auf dem Friedhof — für wen eigentlich ?

Die Gemeinde Kronshagen möchte sie hauptsächlich für das überwiegend von Auswärtigen genutzte Bürgerhaus, da dessen Parkplätze meist nicht mehr ausreichen. Die Idee, den schönen Zaun am Friedhofseingang Kopperpähler Allee abzureißen, stieß jedoch auf heftigen Widerstand bei den Bürgern. Damit würde wieder ein liebenswertes Stück des alten Kronshagen verschwinden und ein Gebiet mit hohem Naherholungswert geschmälert. Der Kirchenkreis Kiel hat eine Erhebung durchführen lassen, wonach ein Bedarf von lediglich acht Parkplätzen für den Friedhof ausgewiesen wurde. Es wäre möglich, diese Plätze auf dem sogenannten "Scharrenbergschen Obstgarten" herzurichten. Dieser Obstgarten rechts des Friedhofseingangs am Altenwohnheim sollte nun nach Planung der Kommunalgemeinde gleich 27 Stellplätze erhalten. Diese Parkplätze würden vor allem in den Abend- und Nachtstunden beansprucht und würden für die dort lebenden älteren Mitbürger eine unzumutbare Lärm- und Abgasbelastung bedeuten. Das wäre sicher unsozial!

Als bessere Lösung bietet sich an, einmal zu überlegen, ob nicht weitere Zugänge zum Friedhof in Kronshagen eingerichtet werden können. Ein Zugang in der Ortsmitte, hinter der Kirche, wäre zentral für viele Besucher und damit auch zu Fuß erreichbar. Zudem sind an dieser Stelle auch bereits ausreichend öffentliche Parkplätze vorhanden. Eine solche Verbindung zwischen dem Friedhof und der Kirche würde auch den Friedhof mehr in das gemeindliche Leben einbeziehen.

Klaus Dieter Flath



CDU Kronshagen fällt Kohl in den Rücken

Das Bonner Wohnungsbauprogramm basiert auf dem Engagement der Länder und Gemeinden. In Kronshagen hat die zur Zeit sehr zerstrittene CDU den Haushaltsantrag der SPD zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus in Kronshagen abgelehnt. Die Mehrheitsfraktion ließ sich nur widerstrebend Mittel für 10 Sozialwohnungen abhandeln. Angesichts der heutigen Wohnungsnot im Raum Kiel und der hohen Verschuldung vieler unserer Nachbargemeinden verhält sich das fast schuldenfreie Kronshagen geradezu asozial, wenn es hier keine stärkeren Initiativen im Wohnungsbau ergreift. Der Bundeskanzler wird sich für solche Partei"freunde" bedanken.

Günther Widulle wurde 70

Die Fraktion und Ortsverein der SPD gratulieren Günther Widulle von dieser Stelle aus noch einmal recht herzlich zu seinem 70. Geburtstag. Günther Widulle hat die SPD-Fraktion in den 60er und 70er Jahren geleitet und in dieser Zeit viele Entscheidungen in Kronshagen mitgeprägt. In seine Amtszeit fiel (1974) unter anderem der Start dieser sozialdemokratischen Bürgerzeitung. Günther Widulle und seine Frau Ruth haben sich aber auch um den Ortsverein Kronshagen verdient gemacht. Günther eine zeitlang als Ortsvereinsvorsitzender und Ruth hat über viele Jahre hinweg die Kasse des Ortsvereins verwaltet.

Beiden danken wir für ihr Engagement und wir wünschen ihnen, daß sie noch viele Jahre unsere gemeinsame Arbeit aufmerksam und kritisch verfolgen können.

Bonner Wohnungsbauprogramm

Wackelige Konstruktion

Mit den Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hätten sich die Bonner Wohnungspolitiker schon früher zusammensetzen sollen. Die hätten ihnen nämlich vorgerechnet, daß die Kalkulation, auf der das jüngste Milliardenprogramm fußt, niemals aufgehen kann. Aber, Mahner anzuhören, ist nicht die Sache der Bundesregierung.

Die Kommunen haben schon in der Planungsphase des Bonner Vorhabens mehrmals darauf hingewiesen, daß es Schwachstellen aufweist. Die größte ist wohl die hartnäckige Konzentration auf die Förderung des Eigentums. Nach außen wird das Programm denn auch als *der* Beitrag zum *sozialen* Wohnungsbau verkauft. Aus dem hat sich die Bundesregierung aber schon längst verabschiedet. Gut, daß die Berliner Forscher noch einmal herausstreichen, welcher Etikettenschwindel hier betrieben wird.

Überdies droht derzeit ein ähnlicher Lapsus, wie er schon früher begangen wurde. Der Wohnungs-Bedarf wird falsch eingeschätzt. Das DIW bestreitet wohl mit Recht, daß die von Bonn angenommene Million innerhalb von drei Jahren zu niedrig angesetzt ist. Wenn jetzt nicht die richtigen Daten zugrundegelegt wer-

den, kommt es später zu dem gleichen Dilemma wie im Augenblick. Und auch der derzeitige Mangel hätte vermieden werden können, wenn die Politiker mehr in die Zukunft geplant hätten, als kurzfristige Wahlkampf-Strategie zu betreiben. Denn für die Gesamtplanung trägt der Staat die Verantwortung. Dies kann er nicht dem Markt überlassen.

Das ist aber nicht der einzige Haken an dem Bonner Programm. Stolz taten Bauministerin Gerda Hasselfeldt und Finanzminister Theo Waigel im November kund, daß jährlich zehn Milliarden Mark für den Wohnungsbau ausgegeben werden. Das klingt viel, steht in Wahrheit aber auf äußerst wackeligem Fundament. Denn, was weniger laut hinausposaunt wurde — der Bund steuert bekanntlich nur zwei Milliarden bei. Den größeren Teil müssen die Länder und Gemeinden aufbringen. Daß diese Summe tatsächlich fließt, ist äußerst zweifelhaft. Vor allem wegen der finanziellen Belastungen der Kommunen durch Aus- und Übersiedler erscheint Skepsis am Platz.

Somit dürfte das vielgepriesene Bonner Milliarden-Werk in der tatsächlichen Wirkung bei weitem hinter der versprochenen zurückbleiben.

FLATH

Sanitärtechnik Gasheizungen
Bauklempnerei Einbauküchen

Schreberweg 4 · 2300 Kronshagen/Kiel
Fernruf (04 31) 58 30 99

RUNDER TISCH IM BÜRGERHAUS
am Freitag, dem 23. Februar
diskutieren Journalisten aus Mecklenburg und Schleswig-Holstein über das Thema:
Freie Presse - Freie Wahlen in der DDR
Moderation: Cornelia Sonntag und Ute Erdsiek-Rave

Glasklar

Die Invasion der Plastikflaschen für Getränke ist ein Alptraum für die Umwelt. Dabei gibt es die glasklare Alternative: Mehrwegflaschen aus Glas helfen, nutzlosen Müll zu vermeiden und belasten die Umwelt nicht mit giftigen Chemikalien.

Wenn Sie uns diese Anzeige schicken,

sagen wir Ihnen gerne mehr über Müllvermeidung und umweltfreundliche Wiederverwertung.

BUND-Im Rheingarten 7-5300 Bonn 3

